

Eine humane Ökonomie organisieren

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 11. Mai 2008

Ich möchte hiermit meine Gedanken darüber äußern, wie man eine moderne und humane Ökonomie organisieren kann und auch zahlreiche Vorschläge dafür unterbreiten. Dabei will ich von vornherein den Begriff Ökonomie sehr weit definieren und nicht nur auf den betriebswirtschaftlichen Gewinn und das volkswirtschaftliche Gesamtergebnis reduzieren, sondern vielmehr ist mein Ansinnen, die Gedanken des Lesers dahin zu öffnen, dass eine humane Ökonomie auch sozialpolitische, bildungspolitische, kulturpolitische, demokratietheoretische und umweltpolitische Aspekte beinhaltet.

Um eine humane Ökonomie zu organisieren, braucht es neue Regeln und Impulse. Es besteht die Notwendigkeit, dass die öffentliche Hand in der Weise in den Markt eingreift, dass ein Paradigmenwechsel in der Ökonomie durchgesetzt wird, weg von der Vollbeschäftigungs-Ideologie eines Industriestaates des letzten Jahrhunderts, hin zu einer Dienstleistungs-Gesellschaft, die im Grunde die gesamte Industrieproduktion ohne menschliche Arbeit organisiert. Dabei ist es besonders wichtig, ökologische Aspekte der Produktion in den Fokus einer permanenten wissenschaftlichen Analyse der Ökonomie zu rücken und letztlich stetig für neue gesetzliche Vorgaben zu sorgen, die Produktionsstandards festlegen, die grundsätzlich die natürlichen Ressourcen schonen und die Umweltbelastung durch die Industrieproduktion minimieren. Es muss für einen Wandel in den Köpfen der Menschen gesorgt werden, weg von einem Fließband-Job in der Produktion oder im Handwerk, hin zur Schaffung neuer Jobs in der Dienstleistungsbranche, insbesondere bei bürgernahen öffentlichen Dienstleistungen in der Medizin und in der Pflege. Für strukturschwache Regionen muss es eine gezielte Wirtschaftsförderung geben, die durch die Bundespolitik gemeinsam mit der Europäischen Union koordiniert wird.

Dazu kommt, dass eine humane Ökonomie nachhaltig organisiert werden muss. Der Begriff der Nachhaltigkeit umfasst meiner Ansicht nach dabei vor allem die soziale und die ökologische Komponente der Wirtschaft. Wirtschaft muss so organisiert werden, dass sie für alle Menschen einen angemessenen Lebensstandard garantiert und dabei die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass auch zukünftige Generationen nicht vor unlösbare Problemlagen in der ökologischen Frage gestellt werden. Dabei ist für mich die Förderung der regional ansässigen Unternehmen von besonderer Wichtigkeit, denn bei ihnen liegt das Entwicklungspotential für unser volkswirtschaftliches Wachstum und hier kann auch durch die Hilfe von Investitionskapital durch die öffentliche Hand der technologische Fortschritt zügig umgesetzt werden. Gleichzeitig halte ich es für sinnvoll, den Finanzmarkt stärker steuerlich zu belasten und im Gegenzug die dadurch gewonnenen Steuereinnahmen in die Realwirtschaft zu investieren. Dabei sind der gemeinsame europäische Binnenmarkt und die gemeinsame Währung die Grundvoraussetzungen für unseren globalen Erfolg und unseren Wohlstand. Daneben muss durch politische Rahmenbedingungen meines Erachtens auch immer geregelt werden, dass eine dem Allgemeinwohl dienende Wertschöpfung immer im Einklang stehen muss mit ökologischem und sozialem Fortschritt. Um in diesem Sinne einen Strukturwandel zu organisieren, muss eben Investitionskapital in die Realwirtschaft gelenkt werden, die Industrieproduktion dabei auf vollautomatische Produktion umgestellt werden und die Effizienz der Unternehmen in Bezug auf Material- und Energieressourcen verbessert werden.

Ich denke, dass der Staat Angebote für private Investoren machen muss, damit diese gezielt in innovative Projekte gewinnbringend investieren können. Dabei muss die Förderung der Realwirtschaft

und die Durchsetzung der Innovationen in der Industrieproduktion oberste Priorität haben. Gleichzeitig müssen auch im Verkehrssektor die neuen Technologien zur Anwendung kommen. Auf diese Art und Weise können massiv Personalkosten und Transaktionskosten für die Mobilität eingespart werden. Außerdem wäre die Umstellung auf die modernsten Entwicklungen in der Verkehrsbranche mit einem enormen ökologischen Gewinn verbunden. Innovative Konzepte zur Wiederverwertung von Rohstoffen, die Zulassung von Produkten abhängig zu machen von ökologischen Kriterien und die Umstellung auf erneuerbare Energieproduktion sind dabei neben den Innovationen in der Mobilität von enormer Wichtigkeit.

Eine humane Arbeitswelt erfordert auch Verbesserungen beim Arbeitsklima, der Unternehmenskultur und eine neue Denkart, die auf Kooperation ausgerichtet ist. Insbesondere finanzstarke Unternehmen sollten auch durch gesetzliche Rahmenbedingungen in dieser Hinsicht zu Standards verpflichtet werden. Unternehmensentscheidungen müssen auf der Basis von rationalen Überlegungen und Maßnahmen und unter Berücksichtigung von zukünftigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen gefällt werden, die letztlich am Allgemeinwohl orientiert sind. Auf diese Weise wird eine gute Unternehmensführung auch global durchgesetzt und Nachhaltigkeit wird zum Grundelement unternehmerischer Verantwortung. Wo immer es in einzelnen Branchen Probleme gibt, ist die öffentliche Hand gefragt, zielführend in den Markt einzugreifen oder auch selbst als Akteur am Markt zu agieren. Dabei sind Zukunftsinvestitionen in innovative Produkte, Dienstleistungen und Produktionsverfahren zuvörderst zu berücksichtigen.

Selbstverständlich sollte der Finanzmarkt nicht dämonisiert werden, auch Spekulationen haben ihre Berechtigung. Allerdings scheint derzeit das Verhältnis zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft aus den Fugen geraten zu sein und eine unnatürliche und damit das Allgemeinwohl gefährdende Form angenommen zu haben. Deshalb müssen aufgrund einer gezielten Analyse des gesamten Finanzsektors geeignete Instrumente entwickelt werden, um durch den Staat und durch die Europäische Union Rahmenrichtlinien neu zu setzen, innerhalb derer das Handeln am Markt als gesellschaftlich sinnvoll ablaufen darf. Fakt ist, dass unkontrolliertes Agieren der Akteure am Finanzmarkt enorme Probleme für die gesamte Ökonomie mit sich bringen kann. Zum Schutz der Bürger müssen hier neue Lösungen gefunden werden, die ein stetiges und gesundes Wachstum der Ökonomie und eine geringe Inflation sicherstellen. Dabei ist die Stabilität der Finanzwirtschaft eine zwingende Voraussetzung für eine funktionierende und humane Ökonomie, die dem Wohle aller dienen soll.

Meines Erachtens könnte die öffentliche Hand noch in einer weiteren Weise in die Realwirtschaft eingreifen, und zwar so, dass sinnhafte Kooperationen von Unternehmen gezielt gefördert werden. Das beziehe ich insbesondere auf staatliche Hilfen für kleine und mittelständische Unternehmen, durch geschickte Kooperationen Kostenvorteile zu generieren, aber auch große Unternehmen und Global Player können hier durch die öffentliche Hand unterstützt werden, indem man durch den Staat das gut ausgebildete Humankapital zur Verfügung stellt, das in der Lage ist, derartige Möglichkeiten am Markt zu erkennen und gezielt gewinnbringend für die Volkswirtschaft in den Markt einzugreifen.

Nebenbei kann auch bürgerschaftliches Engagement für eine humane Ökonomie gewinnbringend genutzt werden. So könnte die öffentliche Hand beispielsweise nach vorgegebenen Kriterien die Gründung und den Betrieb von Genossenschaften fördern. Ebenso könnte es dazu auch auf der europäischen Ebene neue gesetzliche Vorgaben für ähnliche Kooperationsformen geben, die letztlich im Falle der Umsetzung eines am Allgemeinwohl orientierten Ziels steuerliche Vorteile oder Subventionen erhalten könnten. Auf diese Weise könnte man gezielt Start-Ups fördern, die ein innovatives Ziel verfolgen, aber bisher noch nicht dazu in der Lage sind, gewinnorientiert zu wirtschaften.

Der Begriff des ökonomischen Wachstums sollte meines Erachtens auch etwas breiter gefasst werden und nicht nur auf das Bilanzergebnis rekurrieren. Es macht doch einen deutlichen gesellschaftspolitischen Qualitätsunterschied, wenn etwa zwei Unternehmen bei gleicher Produktmenge den gleichen Profit erwirtschaften, obwohl ein Unternehmen ressourcenschonender und umweltverträglicher am Markt agiert als das andere. Außerdem hat dies auch Auswirkungen auf den Preis der Ware. Insofern ist der Begriff der Nachhaltigkeit von enormer gesellschaftspolitischer Bedeutung, denn die Umsetzung ökologischer und sozialer Unternehmensstrategien ist zwar rein monetär nicht immer messbar, hat aber enorme Auswirkungen auf die Politik und die gesamte Gesellschaft. Selbstverständlich sollte man dennoch das Ziel verfolgen, den Unternehmensgewinn und das Bruttoinlandsprodukt zu steigern. Es geht mir hier nicht nur darum, ökologisch-soziale Gesinnung zu predigen, sondern darum darzustellen, dass die Art der Umsetzung der Produktion in den Unternehmen auch Folgekosten für die öffentliche Hand mit sich bringt, denn für ökologische und soziale Verwerfungen wird der Staat aufkommen müssen und die Politik wird von den Bürgern dafür haftbar gemacht. Ökonomie findet aber nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist ja gekoppelt mit Politik und der Gesamtgesellschaft. Ein aufgehetztes gesellschaftliches oder politisches Klima hat wiederum auch negative Folgen für den ökonomischen Erfolg von Unternehmen. Deshalb sollte bei Unternehmensentscheidungen auch auf diese Tatsache Rücksicht genommen werden.

Für einen zivilisatorischen Entwicklungsfortschritt scheint mir eine konstruktive Symbiose von staatlichem und unternehmerischem Handeln absolut zielführend zu sein. Im Grunde ist dies ja bereits die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Allerdings muss man deren Regeln letztlich auch immer an die aktuellen sozialen und ökonomischen Gegebenheiten anpassen, damit eine solche Ordnungsvorstellung der politischen Ökonomie auch weiterhin erfolgreich bleibt. Damit der Staat sinnvoll zum Wohle der Allgemeinheit in den Markt eingreifen kann, müssten meines Erachtens dringend die öffentlichen Haushalte saniert und dazu auch die Steuerpolitik verändert werden, damit die öffentliche Hand überhaupt ausreichend handlungsfähig ist, um die notwendigen Aufgaben zu erfüllen, die Menschenwürde und die gesellschaftliche Teilhabe für alle Bürger durchzusetzen.

Letztlich müssen die Staatsfinanzen solide gemacht werden und es benötigt dafür eine andere Form der Finanzierung und des Haushaltens. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte muss so schnell wie möglich abgebaut werden. Dazu muss zunächst die Neuaufnahme von Krediten beendet werden und es muss die Zinslast durch Rückzahlung von Verbindlichkeiten minimiert werden. Um wichtige Investitionen in die Zukunft anzustoßen, müssen zunächst auch die Mittel dafür ausschließlich aus den Staatseinnahmen finanziert werden. Damit unser Gemeinwesen wieder funktioniert, müssen die Staatsausgaben effizienter gestaltet werden und es muss für jede Ausgabe überprüft werden, ob diese überhaupt sinnvoll ist und dem Allgemeinwohl dient. Die über die Jahrzehnte angehäuften Schuldenlast hat dafür gesorgt, dass der Staat zu wenig handlungsfähig und auch selbst abhängig von den Angeboten des Finanzmarktes ist.

Damit die Finanzen des Staates in Zukunft solide werden, sollte man aber auch über neue Einnahmen aus Steuern nachdenken. So könnte man unökologischen Verkehr stärker besteuern, die Ökosteuer erhöhen, die Steuerprüfung und die Steuerfahndung zielgerichteter durchführen, eine höhere Erbschaftssteuer einführen und die Gewerbesteuer und die Gewinnbesteuerung von Unternehmen erhöhen. Ebenfalls könnte für höhere Einkommen der Spitzensteuersatz angehoben werden, eine Abgabe auf hohe Vermögen eingeführt werden oder auch einen Hebesatz auf die Mehrwertsteuer für Luxusprodukte eingeführt werden. Oberste Priorität muss jedoch die Schuldenbegrenzung haben und es muss das Ziel verfolgt werden, dass der Staat letztlich schuldenfrei wird. Dazu sollten alle Mehreinnahmen eines jeden Haushaltsjahres zuerst für die Tilgung von Verbindlichkeiten aufgewendet werden.

Auch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gehören zu einer humanen Ökonomie dazu. Der Begriff „Arbeit“ sollte in der gesellschaftlichen Debatte neu definiert werden, wobei die derzeitige Bedeutung eines Vollzeit-Arbeitsplatzes mit festem Lohn überwunden werden müsste zugunsten der Ansicht, dass auch ehrenamtliche Arbeit, Reproduktionsarbeit, Familienarbeit, Minijobs, Honorartätigkeiten und freiberufliche Arbeit als Arbeit anerkannt wird, selbst wenn eine Person mit den Einnahmen aus diesen Tätigkeiten allein nicht in der Lage dazu ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Deshalb ist eine bedingungslose Mindestsicherung auch Ausdruck dessen, dass diese gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird. Dazu sollte man auch die Arbeitsbedingungen in der Gesamtgesellschaft hinterfragen. Die Frage ist, wie man für Freiberufler, Selbständige und Menschen mit geringem Einkommen auch die Arbeitsbedingungen verbessern kann. Generell muss der Arbeitsmarkt auch zwangsläufig aufgrund der ökonomischen Entwicklung neu justiert und gestaltet werden. Die Spaltung des Arbeitsmarktes muss aufhören und es muss auch aufhören, dass Menschen, die geringe Einkommen beziehen gesellschaftlich stigmatisiert werden. Selbst dabei gibt es noch eine strukturelle Benachteiligung von Frauen und auch von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen. Der Teil der Menschen, die atypisch beschäftigt sind oder eben freiberuflich arbeiten wird in der nächsten Zeit noch weiter zunehmen. Eine humane Arbeitsmarktpolitik muss also auch diejenigen mit beachten, die Hartz4-Aufstocker sind, kleine Teilzeitjobs haben, in Leiharbeit sind, befristet beschäftigt sind, in Minijobs arbeiten oder ehrenamtlich oder freiberuflich tätig sind.

Erforderlich ist neben der politischen Steuerung der Arbeitswelt zugunsten der Geringverdiener auch eine Veränderung der Arbeitsfelder von Gewerkschaften. Besonders wichtig ist dabei der Schutz der Gesundheit von arbeitenden Menschen. Hier ist es besonders schwierig, die atypische Beschäftigung zu erreichen. Auch bei Fragen von Mitbestimmung bestehen im Grunde kaum Möglichkeiten für atypisch Beschäftigte, ihre Rechte geltend zu machen. Ihre Mitbestimmung beschränkt sich auf die Teilnahme am politischen Diskurs und da sind sie gegenüber gewerkschaftlich vertretenen Industrie-Arbeitnehmern und dem Öffentlichen Dienst deutlich im Nachteil. Besonders problematisch ist, dass atypisch Beschäftigte im Grunde dauerhaft vom normalen Arbeitsmarkt abgekoppelt sind und trotz hochwertiger Qualifikationen zwingend auf soziale Transferleistungen angewiesen sind. Sozialer und gesellschaftlicher Aufstieg ist oftmals nicht möglich. Damit eine Veränderung am Arbeitsmarkt mittelfristig durchgeführt werden kann, sollten Berufsschulen und Hochschuleinrichtungen bei gleichbleibender Ausbildungsqualität für Konsumenten von Bildung kostenfrei zur Verfügung stehen. Auf diese Weise können Aufstiegschancen für die Abgehängten des Arbeitsmarktes organisiert und diese somit gezielt gefördert werden.

Grundsätzlich stehe ich den Vermittlungsversuchen des Jobcenters sehr kritisch gegenüber, weil ich davon ausgehe, dass jeder Mensch aufgrund von eigenem Interesse bereit ist, sich eine Beschäftigung zu suchen, die ihm persönlich am besten entspricht. Das Jobcenter sollte wohl bei Fortbildungen den Betroffenen Hilfe gewähren, aber grundsätzlich keinen Druck auf die Menschen ausüben, die sich in einer schwierigen persönlichen Situation befinden. Dazu kommt, dass durch die Maßnahmen des Jobcenters oftmals keine auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Qualifikationen erlangt werden können, sondern letztlich lediglich die Arbeitslosen-Statistiken geschönt werden. Veränderungen im SGB in dieser Hinsicht sind also dringend notwendig. Der Sanktionierungsmechanismus des Jobcenters sollte abgeschafft werden, die Betroffenen sollten geeignete Qualifizierungsmaßnahmen selbst suchen können und vom Jobcenter finanziert bekommen und die Vermittlungstätigkeiten des Jobcenters sollten lediglich unterstützenden Charakter haben, aber keinen Zwang darstellen.

Damit Menschen produktiv tätig sein können, müssen menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch für Menschen in atypischer Beschäftigung hergestellt werden. Dazu müssen die Bedingungen bei der Ausbildung und bei Fortbildungen, sowie bei der Hochschulausbildung dringend verbessert werden. Lebenslanges Lernen muss dabei zum gesellschaftlichen Leitbild werden. Auch kann ein verbessertes

Angebot bei der frühkindlichen Bildung Menschen mit Kindern den Einstieg oder die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtern. Letztlich gibt es sogar Branchen, die Arbeitskräfte händeringend suchen, sogar Fachkräfte mit hoher Qualifikation, aber meistens handelt es sich dabei um atypische Beschäftigung und deshalb braucht es ein Umdenken in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft, dass solche Arbeit und die Menschen, die sie ausführen gesellschaftlich mehr Anerkennung finden. Alles in allem sollte daher das Jobcenter wesentlich kooperativer werden mit den Arbeitssuchenden und auch die Zusammenarbeit suchen mit Vereinen, Unternehmen und Privatleuten, die gezielt Menschen suchen, die eine atypische Beschäftigung ausführen wollen. Aufgrund des gesetzlichen Auftrags ist das Jobcenter hier meines Erachtens zu sehr versteift auf die Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Dieser Missstand kann nur durch die Änderung des SGB beendet werden. Gute Arbeitsbedingungen gilt es nicht nur für Beschäftigte in den Unternehmen herzustellen, sondern eben für alle Menschen. Eine realistische, umsichtige und angemessene Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne ist die Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaften der gesamten deutschen Ökonomie in Zukunft.

Für eine erfolgreiche und zukunftsgerichtete Ökonomie ist es eine Grundvoraussetzung, eine moderne Bildungspolitik umzusetzen. Auch dafür muss unsere Gesellschaft neue Wege einschlagen. Der kostenfreie Zugang zu Bildung ist für eine wachstumsorientierte Ökonomie ein absolut entscheidender Faktor. Bildung eröffnet Zukunftschancen, mehr persönliche Freiheit, hilft dem Einzelnen, sich frei entfalten zu können, kann soziale Benachteiligungen überwinden und führt zu einer besseren Integration in die Gesellschaft. Gut organisierte Bildungsinstitutionen helfen auch in der Familienpolitik und sichern Kindern bessere Chancen auf eine gerechte Teilhabe an der Gesellschaft. Dabei sollten die Bildungseinrichtungen so gestaltet werden, dass in ihnen keine Diskriminierung stattfindet, gemeinsam und kooperativ gelernt wird und auch von Anfang an integrativ gearbeitet wird. Dazu muss das Lehrpersonal entsprechend vorher ausgebildet werden, nämlich so, dass es ausreichend qualifiziert ist im Bereich der Geschlechtergleichstellung, der Interkulturalität, in Bezug auf soziale Sensibilität und Besonderheiten der sexuellen Identität, sowie zum selbstorganisierten Lernen und zum Umgang mit Menschen mit Behinderung. Meines Erachtens müsste im Bildungssystem auch noch mehr der Umgang mit digitalen Medien und mit digitalem Unterrichtsmaterial gefördert werden. Es muss gelingen, dass der negative Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg überwunden wird. Grundsätzlich wäre meiner Ansicht nach dafür eine Ganztagschule als grundsätzliche Schulform sinnvoll. Auf diese Weise können den Kindern und Jugendlichen letztlich mehr Angebote gemacht werden. Ebenfalls brauchen wir mehr Schulsozialarbeiter und mehr Schulpsychologen.

Sowohl im Bereich der dualen Ausbildung bei der Berufsausbildung als auch bei der Hochschulausbildung sollte die Finanzierung des Lebensunterhalts der Schüler und Studenten über eine bedingungslose und bedarfsgerechte Grundsicherung abgedeckt sein, damit es kein Problem mehr darstellt, eine Qualifikation zu erwerben, mit der man auf dem Arbeitsmarkt Berufschancen erlangt. Dazu sind die Lern- und Studienbedingungen weiter zu verbessern. Auch bei der Forschung müssen letztlich wichtige organisatorische Weichenstellungen durch politische Entscheidungen erledigt werden, damit eine humane Ökonomie möglich wird. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in reale Produktionsverfahren und Produkte ist beispielsweise eine wichtige Aufgabe, die ohne öffentliche Finanzierung schwer möglich ist. Ein besseres Bildungs- und Wissenschaftssystem sorgt letztlich mittelfristig für einen höheren betriebswirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und letztlich damit auch für einen höheren volkswirtschaftlichen Gewinn. Damit organisiert man über das Bildungssystem nicht nur individuelle Erfolgchancen für einzelne Menschen, sondern letztlich auch ökonomische Erfolge für die gesamte Gesellschaft.

Ich bin der Auffassung, dass Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik in einer modernen Welt zusammen gedacht werden müssen, weil nicht zuletzt durch soziale Umverteilung auch ein guter Teil der

Nachfrage am Markt hergestellt wird. Wann immer es um die Gesundheit, die Kindererziehung oder die Versorgung mit lebenswichtigen Waren und Dienstleistungen geht ist von öffentlicher Daseinsvorsorge die Rede und diese hat einen direkten Zusammenhang mit dem ökonomischen Erfolg einer Volkswirtschaft. Eine durch den Staat bedingungslos gewährte soziale Absicherung sorgt dafür, dass die Nachfrage nach Produkten auch zu positiven betriebswirtschaftlichen Ergebnissen führt. Diese Form der Sozialstaatlichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Forschung betrieben werden kann, im ideellen Bereich gearbeitet werden kann, sich fortgebildet werden kann und dass auch wenn eine Person kein Einkommen auf dem Arbeitsmarkt erzielt konsumiert werden kann. Tatsächlich ist unsere Wirtschaft zwingend auf das Vorhandensein von Sozialtransfers durch den Staat angewiesen, damit für eine Masse an Produkten der Absatz auch ausreichend funktioniert. Es ist also mitnichten sinnvoll, im sozialen Bereich sparen zu wollen und die Menschen über das Jobcenter zu schikanieren, weil letztlich auch das Sanktions-Regime des Jobcenters enorm viel Geld kostet und keinen positiven Nutzen hat, sondern lediglich dem Staat Kosten produziert und damit der Wirtschaft sogar reichlich Geld für den privaten Konsum entzieht. Es müssten im Gegenteil noch mehr Sozialtransfers für Kinder gewährt werden und es ist zu überlegen, ob es nicht besser noch bürokratische Vereinfachungen am SGB geben sollte, damit der Staat weiter die Kosten für seine Verwaltung im Sozialbereich senken kann. Dazu kommen noch die enormen Kosten für Gerichtsverfahren in Bezug auf das SGB und die Tatsache, dass damit weitere enorme Kosten für den Staat verbunden sind. Der Staat bräuchte dringend die Richter für andere Rechtsbereiche und es wird letztlich derzeit durch die Probleme bei der sozialen Sicherung enorm viel Personal an den Sozialgerichten unnötig gebunden.

Sozialleistungen sind nicht nur zu Recht ein individueller Anspruch des Einzelnen gegenüber dem Staat, sondern sorgen für wirtschaftliche Stabilität in mehrfacher Weise. Auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, während der Ausbildung oder einer Weiterbildung oder in anderen schwierigen persönlichen Situationen helfen Sozialleistungen den Betroffenen, ihre Rechte auf Teilhabe an der Gesellschaft weiterhin rudimentär wahrnehmen zu können. Gleichzeitig hilft eine soziale Grundsicherung dem Staat dabei, den Arbeitsmarkt umzustrukturieren und den Bedürfnissen der modernen Ökonomie anzupassen. Der mittelfristige Wegfall von Arbeitsplätzen in der Industrieproduktion wird kompensiert dadurch, dass den Bürgern der Einstieg in eine freiberufliche Tätigkeit eröffnet wird. Dabei sollten großzügige Hinzuverdienstmöglichkeiten zu den Sozialtransfers durch den Staat noch mehr ermöglicht werden. Der konstante private Konsum ist im Grunde der wichtigste Aspekt einer modernen Ökonomie, die ihren Arbeitsmarkt doch gerade vom sekundären auf den tertiären Sektor verschiebt. Deshalb muss noch einmal deutlich gemacht werden, dass ein gut ausgebautes Sozialsystem geradezu überlebenswichtig ist für den Erfolg unserer Volkswirtschaft und für den betriebswirtschaftlichen Erfolg jedes Unternehmens. Zu den Sozialleistungen gehören selbstverständlich auch der angemessene und bestmögliche Zugang zu medizinischer Versorgung für jeden Bürger und eine garantierte Solidarität der Gesellschaft gegenüber jedem Einzelnen in Bezug auf Altersversorgung und Pflege. Eine menschenwürdige Versorgung jedes Bürgers durch eine staatlich mitorganisierte Pflege im Alter stellt auch einen Wachstumsfaktor für eine moderne Ökonomie dar. Die gängige Auffassung, dass Sozialstaatlichkeit, Gesundheit und Pflege die Sozialkassen unnötig belasten ist meiner Ansicht nach völlig abwegig, denn eine friedliche und an der Menschenwürde orientierte Gesellschaft braucht diese Dienstleistungen neben dem wirtschaftlichen Aspekt auch als Ausdruck des sozialen Friedens und der Mitmenschlichkeit. Die sozialen Dienstleistungen haben positive Effekte auf den Arbeitsmarkt, sorgen aber auch für volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gewinn und vor allem auch dafür, dass Investoren angesichts einer globalisierten Welt sich gezielt für Investitionen in einer Volkswirtschaft in einem Nationalstaat entscheiden. Ein Investitionsstandort wird auch für Investoren nicht ausschließlich durch den zu erwartenden Gewinn attraktiv, sondern auch durch die gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen, in denen das Produzieren und Wirtschaften an diesem Standort möglich ist.

Gerade diese Tatsachen sollten uns dazu ermuntern, von Seiten des Staates noch mehr für Familien mit Kindern zu tun und für den gerechten Ausgleich zwischen den Generationen zu sorgen, damit unser Wohlstand auch für zukünftige Generationen gesichert wird. Dabei sollten letztlich doch alle Kinder die gleichen Chancen haben und durch staatliche Bildungsinstitutionen dazu gezielt gefördert werden. So ist es eben auch ein Standortvorteil für eine Volkswirtschaft, wenn es einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kita und für eine Kindertagespflege gibt. Beschäftigte, denen diese soziale Sicherheit durch den Staat gewährt wird, haben nicht nur mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern können auch im Unternehmen viel produktiver tätig sein. Wir müssen daher mehr investieren für gute Bildungseinrichtungen und vor allem von Seiten der öffentlichen Hand mehr Personalmittel für die frühkindliche Bildung zur Verfügung stellen. Wir müssen Familien noch mehr Unterstützung zukommen lassen, besonders auch wenn es um eine sinnvolle Freizeitgestaltung und Lebensplanung der Kinder geht. Dazu sind auch weitere Investitionen in Infrastruktur unerlässlich, damit letztlich auch eine bessere Jugendpolitik gemacht werden kann. Jugendliche können sich so mit Hilfe von professioneller Unterstützung und Anleitung selbst emanzipieren und organisieren. Dazu muss die Jugendsozialarbeit und generell die Jugendarbeit mit mehr Personal ausgestattet werden und bestehende Angebote, seien es private Initiativen oder durch die öffentliche Hand, sollten durch eine einzige Anlaufstelle für jeden Jugendlichen erreichbar gemacht werden. Nebenbei muss der Zugang zu Kultur und Bildung letztlich für alle Bevölkerungsschichten vereinfacht werden und so kostengünstig wie möglich gewährleistet werden.

Eine intakte Umwelt ist nicht nur für die hier lebenden Menschen ein Wert an sich, sondern auch ein Standortvorteil für Unternehmen. Ökologische Nachhaltigkeit senkt langfristig in jedem Falle die Kosten für Unternehmen und den Staat. Deshalb müssen hohe Umweltbelastungen wo immer es geht vermieden werden, es muss auf eine nachhaltige Strategie bei der Landwirtschaft gesetzt werden, es müssen zielgerichtete Umweltschutzmaßnahmen durchgeführt werden, Lärm und Abgase vermieden werden, für sauberes Wasser gesorgt werden und Lebensmittel umfänglich geprüft werden und dazu muss es eben auch gesetzliche Vorgaben und staatliche Maßnahmen geben. Hier gibt es naturgemäß keine wirkliche Trennung zwischen Umweltschutzpolitik und Verbraucherschutzpolitik, denn wann immer die Lebensgrundlagen erhalten und nachhaltig verbessert werden, werden die Verbraucher auch gleichzeitig geschützt. Die Verwendung umweltfreundlicher Chemikalien bedarf einer staatlichen Reglementierung. Dazu müssen Vorgaben für den Bodenschutz umgesetzt werden und es braucht klare Regeln für die Luftreinheit und geeignete Maßnahmen, um der Luftverschmutzung entgegenzuwirken. Bei der Waldwirtschaft und bei der Landwirtschaft muss darauf geachtet werden, dass naturnah und nachhaltig angebaut wird. Technologien und Knowhow, das in dieser Hinsicht entwickelt wurde, sollte auch in andere Länder exportiert werden. Wissenstransfer in dieser Hinsicht hat vielerlei Vorteile, beispielsweise kann damit verhindert werden, dass wir selbst von Umweltkatastrophen betroffen sind, die von anderen durch unökologisches Handeln verursacht wurden. Wo immer es geht, sollten Ressourcen auch eingespart werden und es sollten Wertstoffe gesammelt werden und eine institutionalisierte Form des Recyclings durchgeführt und ausgebaut werden. Gerade bei der industrialisierten Landwirtschaft gibt es die Möglichkeit, noch mehr umweltschonend zu produzieren. Neue Technologien sorgen dafür, dass eine umfangreiche Kontrolle des Anbaus ermöglicht wird und auf diese Weise kann auch die Anwendung von Pestiziden deutlich verringert werden oder ganz entfallen. Den Ökolandbau sollte man fördern mit dem Ziel, dass er zur absoluten Regel wird. In diesem Sinne sorgt eine gute und moderne Umweltpolitik auch für ein qualitatives ökonomisches Wachstum.

Verbraucherschutzpolitik in diesem Sinne heißt, die Menschen vor unökologischem Handeln zu schützen, sie umfassend zu informieren, staatliche Regeln und Kontrollen durchzuführen und einzuführen, die die Gesundheit der Menschen genauso schützen, wie die natürlichen

Lebensgrundlagen. Es braucht mehr Transparenz bei Produktinformationen und es könnte auch Vorteile für Unternehmen geben, die sich in besonderer Weise um ökologische Nachhaltigkeit, Konsumenteninformation und Verbraucherschutz bemühen. Ein gezielter Eingriff des Staates in den Produktmarkt zugunsten der allgemeinen Gesundheit und der sozialen Sicherheit von Verbrauchern ist eine absolut sinnvolle Angelegenheit. Gerade wenn es sich um Produkte für Kinder handelt, sollte eine besonders gute Qualitätskontrolle stattfinden, damit nicht schädliche Stoffe beispielsweise in Spielzeug sind. Aber auch generell wäre bei der Lebensmittelsicherheit bestimmt noch mehr möglich, um die Gesundheit der Verbraucher zu schützen. Auch die Verbraucheraufklärung insbesondere in der Schule sollte dabei nicht zu kurz kommen.

Ich hatte bereits einige Aspekte einer modernen Verkehrspolitik erwähnt, die Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg haben. An dieser Stelle will ich nochmals herausstellen, dass es auch für die Durchführung bürgerschaftlichen Engagements zwingend notwendig ist, dass es eine gut ausgebaute, moderne und ökologisch nachhaltige Verkehrsinfrastruktur gibt, die von allen Bevölkerungsschichten angemessen genutzt werden kann. Die Prioritäten der Verkehrspolitik müssen daher unbedingt bei der Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs liegen. Es sollte ein integriertes Verkehrskonzept für die gesamte Europäische Union geben, das dafür sorgt, dass alle Möglichkeiten des öffentlich nutzbaren Verkehrs involviert werden und für jeden Bürger der Europäischen Union nutzbar sind. Auf diese Weise könnte auch die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur schrittweise über gemeinschaftliche Finanzierung mehrerer Staaten oder der gesamten Europäischen Union stattfinden, zumindest immer dann, wenn ein Verkehrsweg für mehrere Akteure der EU nutzbringend ist. Auf diese Weise können sicher auch insgesamt Kosten für Instandhaltung und Neubau von Verkehrswegen gespart werden. Dabei ist in jedem Fall darauf zu achten, dass die Energiewende, der Umstieg auf erneuerbare Energien beim öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sowie die Förderung der Elektromobilität Vorrang haben und umweltfreundliche Alternativen zur Anwendung kommen. Gerade auch beim internationalen Warenverkehr wären kombinierte Verkehrswege angebracht und dies braucht letztlich auch in einem gemeinsamen Binnenmarkt der Europäischen Union eine gemeinsam organisierte Verkehrspolitik. Auf diese Weise könnte man eine umweltschonendere Mobilität umsetzen und dabei auch noch dafür sorgen, dass sofort die neusten Technologien bei der Mobilität zur Anwendung kommen.

Freiheit und Sicherheit sind eben Grundvoraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement und eine inklusive und offene Gesellschaft erfordert demnach, dass Mobilität für alle Bürger kostengünstig und in angemessenem Umfang vorhanden ist. Ein gesellschaftliches Klima ist letztlich immer dann kreativ, zukunftsgerichtet, innovativ und produktiv, wenn Gewalt und Diskriminierung durch staatliches Handeln der Nährboden entzogen werden. Dazu braucht es gezielte Maßnahmen, um institutionellem Rassismus entgegenzuwirken, den es etwa gegen Menschen mit Migrationshintergrund oder gegen Menschen mit Behinderungen gibt. Auch gegen geschlechtsspezifischen Rassismus und gegen Homophobie und Transphobie sollte man handeln. Zur bürgerlichen Freiheit gehört auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, der Datenschutz und ein wirksamer Schutz der Grund- und Menschenrechte, sowie die Sicherheit vor Kriminalität. Gerade bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund bin ich der Auffassung, dass eine gute und erfolgreiche Integrationspolitik auch volkswirtschaftlich ein enormer Gewinn ist, denn gut integrierte Menschen stellen einen enormen Faktor für die Nachfrageseite der Ökonomie dar, während eine schlechte und unwirksame Integrationspolitik der öffentlichen Hand und der freien Wirtschaft mittel- und langfristig enorme Kosten verursacht. Erfolgreiche Integration von Migranten zu organisieren ist deshalb absolut wichtig, damit unser Land und die Europäische Union weiterhin erfolgreich in der Weltwirtschaft bleiben. Deshalb halte ich es auch für richtig, Integrationsmaßnahmen für Migranten mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik zu verbinden, die geschlechtsspezifische Benachteiligungen beendet.

Kunst und Kultur bereichern nicht nur das Leben und unsere Gesellschaft, sie sind auch ein wirtschaftlicher Faktor. Auf der einen Seite sind Kunst und Kultur ein eigenes Marktsegment, auf der anderen Seite ist ein breitgefächertes Angebot in diesem Segment aber auch ein Standortvorteil für Unternehmen, denn hochklassiges Humankapital möchte auch dort leben, wo es sich angenehm leben lässt und dazu gehört ein reichhaltiges Angebot an Kunst und Kultur eben dazu. Eine zukunftsorientierte Gesellschaft ist also auf diesen Teilbereich der Gesellschaft in mehrfacher Weise angewiesen. Allerdings ist diese Branche nicht so einfach organisiert, wie jede andere, denn die Kreativwirtschaft ist eben darauf angewiesen, dass einzelne Künstler Freiräume haben und abseits von Gewinnorientierung und ökonomischem Verwertungszwang agieren können. Meines Erachtens lässt sich daraus ableiten, dass die öffentliche Hand für dieses Marktsegment die angebrachte Infrastruktur zur Verfügung stellen muss, so dass letztlich den Künstlern auch die Möglichkeiten gegeben werden, sich und ihre Werke darzustellen. Eine reichhaltige Kulturpolitik macht eine Gesellschaft lebendig und sorgt für eine bessere Lebensqualität. Es sollte auch eine angemessene Möglichkeit geben, dass jedem Bürger Teilhabe am kulturellen Leben gewährt wird. Über Kunst und Kultur kann auch wichtige Integrationsarbeit geleistet werden. Menschen kommen zusammen und tauschen sich ungezwungen aus. Wenn man ein reichhaltiges Kulturangebot gut organisiert, kann man damit auch autoritären Tendenzen in der Gesellschaft vorbeugen und diese abbauen. Gerade im Bereich der Jugendarbeit könnte man zusammen mit Künstlern auch Initiativen entwickeln, die eine Bereicherung und eine Perspektive für junge Menschen darstellen. In diesem Feld zwischen Bildungspolitik, Jugendpolitik, Sozialpolitik, Sportpolitik und Kulturpolitik gibt es besonders viele Möglichkeiten, um Gewalt, Ängste und Aggressionen abzubauen.

Gerade auch über den Sport könnte es noch mehr Kooperationen zwischen Unternehmen und den Verantwortlichen an der gesellschaftlichen Basis geben. Für die Gesundheitsförderung der Belegschaft wären ausgiebige Betriebssportangebote zielführend. Ausreichender Sport sorgt für Kostensenkungen im Bildungssystem und im Gesundheitssystem, führt wenn man ihn richtig organisiert zu weniger Gewalt in der Gesellschaft und kann sogar dafür sorgen, dass zukunftsweisende Denkvorschläge einem breiten Publikum bekannt gemacht werden können.

Letztlich ist es bei allen sozialpolitischen, umweltpolitischen und gesellschaftspolitischen Maßnahmen immer am sinnvollsten, direkt im eigenen Lebensumfeld die Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gesellschaft sofort zu verbessern. So kann vor Ort beispielsweise über den Sport für weniger Gewalt und eine bessere Umweltpolitik gesorgt werden. Vor Ort können direkt Maßnahmen gegen ökologische Probleme ergriffen werden. Direkt in jeder Kommune kann etwas für die Energiewende getan werden, kann sich für nachhaltige Landwirtschaft stark gemacht werden, kann die Mobilität zukunftsweisend gestaltet werden, kann ein Beitrag zu einem reichhaltigen Kulturangebot geleistet werden, kann sich gegen Diskriminierung und Rassismus eingesetzt werden, können Randgruppen unterstützt werden und Migranten in die Gesellschaft integriert werden. Selbstverständlich können in der Kommune nicht alle Probleme allein gelöst werden, aber vom Grunde her halte ich es für den richtigen Denkansatz, im unmittelbaren Lebensumfeld für bessere gesellschaftliche Verhältnisse zu sorgen. Der Begriff der humanen Ökonomie beinhaltet letztlich auch in einem hohen Maße jeden anderen Teilbereich der Gesellschaft, zu dem Interdependenzen mit der Wirtschaft einer Gesellschaft bestehen. Der Begriff geht davon aus, dass alle anderen Teilbereiche der Gesellschaft Auswirkungen auf die politische Ökonomie produzieren und dass letztlich jeder gesellschaftliche Vorgang direkt oder indirekt Auswirkungen auf den betriebswirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen, aber auch auf das volkswirtschaftliche Gesamtergebnis einer Gesellschaft hat.

Grundsätzlich halte ich es für absolut sinnvoll, dass die Europäische Union sich in starkem Maße als gemeinsamer Wirtschafts- und Währungsraum präsentiert, denn durch den integrierten Markt gibt es enorme Wohlfahrtsgewinne und er eröffnet noch mehr Möglichkeiten mit politischer Steuerung auf

Verwerfungen des Marktes angemessen zu reagieren. Natürlich ist es so, dass auch die lokale Politik Auswirkungen auf die gesamte europäische Wirtschaft hat, doch vor allem kann durch stabilisierende Maßnahmen der Europäischen Union auch den einzelnen Regionen geholfen werden, damit sie und die ansässigen Unternehmen am Markt bestehen können und die in ihr lebenden Menschen nicht abgehängt werden, sondern ihnen gleiche Lebensumstände und gleiche Zukunftschancen gewährt werden können. Die Europäische Union hat jetzt die Möglichkeit auf ökonomische Krisen besser zu reagieren und ihnen auch vorzubeugen. Dies ist die Grundvoraussetzung dafür, dass auch eine Sozialpolitik möglich wird, die allen Menschen in Europa angemessene Teilhabe sichern kann. Darüber hinaus garantiert die Europäische Union auch die Bürgerrechte und die Menschenrechte über ihre gemeinsame Wirtschaftspolitik. Unser wirtschaftlicher Erfolg hat dafür gesorgt, dass wir uns in die Lage versetzen konnten auch mit Staaten an den EU-Außengrenzen ökonomische Vereinbarungen zu treffen und nicht nur dort sondern in Zukunft auch weltweit zunehmenden Einfluss darauf haben, dass den Menschenrechten Geltung verschafft werden kann. Ebenfalls kann durch die Europäische Union auch die Energiewende für den gesamten Europäischen Binnenmarkt vorangetrieben werden, können Naturschutzmaßnahmen für alle Mitgliedsstaaten verbindlich gemacht werden, kann sozialen Verwerfungen besser entgegengewirkt werden, können auch grundsätzlich einheitliche Sozialstandards angestrebt werden, kann die europäische Wirtschaft krisenfest gemacht werden und kann letztlich noch mehr persönliche Freiheit für jeden europäischen Bürger gewährleistet werden.

Mein Ziel ist es, eine humane Ökonomie in diesem hier dargestellten Sinne voranzutreiben. Das bedeutet für mich, eine Politik zu betreiben, die über die Europäische Union für alle wichtigen ökonomischen Fragen gesamteuropäische Lösungen organisiert. Dabei sollte sich dem Gedanken geöffnet werden, dass eine humane Ökonomie letztlich auch im Umkehrschluss Auswirkungen hat auf jeden anderen Teilbereich der gesellschaftlichen Realität. Über eine gesicherte europäische politisch-ökonomische Bastion, deren Errichtung aufgrund ihrer noch nie dagewesenen Sozialstaatlichkeit eine politisch-ökonomische Revolution darstellt ist es mein Ziel, überall in der Welt für ökonomische, politische, soziale und ökologische Verhältnisse zu sorgen, die ich als wahren und realen Ausdruck einer absoluten Humanität beschrieben haben will und die ich unter Zuhilfenahme der Methode des Dialektischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels erschaffen will, mit Frieden, Wohlstand, Freiheit und sozialer Absicherung für alle Menschen. Eine solche Welt muss gestaltet werden und in diesem Sinne soll die Europäische Union in der Weltpolitik agieren. Wir müssen über die Entwicklungspolitik Hunger und Armut besiegen, Ausbeutung und Umweltzerstörung bekämpfen, wir müssen Unterdrückung, Terror und Krieg beenden und autoritären Ideologen das Handwerk legen, um zu einer wirklich geeinigten Welt zu gelangen, in der alle Menschen miteinander kooperieren zum Vorteil aller. Die neue Weltordnung soll gekennzeichnet sein zunächst durch soziale Gerechtigkeit und dann durch soziale Gleichheit. Es soll Machtmissbrauch bekämpft werden und Korruption beendet werden, es soll Kriminellen das Handwerk gelegt werden und es müssen für alle Menschen die gleichen Menschenrechte gelten überall auf der Welt. Für mich heißt das auch, dass die Europäische Union überall dort, wo sie durch eine militärische Intervention in einen bestehenden Konflikt absehbar sinnvoll eingreifen kann und dadurch die eben genannten Ziele verfolgen kann sich nicht scheut, die Fackel der Freiheit, des Friedens und der Gleichheit hochzuhalten gegen alle Widersacher.

Ich habe dargestellt, wie ich eine humane Ökonomie organisieren möchte. Das soziale Umfeld, in dem gewirtschaftet wird, hat selbstverständlich auch enorme Auswirkungen auf den Profit und darauf, welche Produktion durchgeführt werden kann und wie etwa der Absatz von Waren funktionieren kann. Ich will, dass noch mehr Menschen von den Vorteilen unserer technologischen Errungenschaften profitieren können und ich habe aufgezeigt, dass sozialpolitische, verkehrspolitische, umweltpolitische, gesellschaftspolitische und geopolitische Aspekte für eine humane Ökonomie relevant sind und dass alle diese Bereiche grundsätzlich zusammen gedacht werden müssen.